

Capital-Kolumne 14/2000, Dr. Florian Langenscheidt  
Lasst Stifter wirtschaften

Sie alle kennen die Feststellung, dass Bill Gates wegen des Gewerbeaufsichtsamtes Microsoft in Deutschland nicht hätte gründen können. Aber haben Sie sich auch mal überlegt, dass ein deutscher Unternehmer vom Schlage Ted Turners wohl nicht auf die Idee käme, eine Milliarde an die Uno zu spenden? Und dass ein visionärer Preisstifter vom Range eines Alfred Nobel seine Stiftung sicher nicht hier ansiedeln würde?

“Das ist so“, würde unser Kanzler mit einem seiner neuen Lieblingsausdrücke sagen. Doch er wäre gut beraten, dies mit noch mehr Überzeugungskraft und Energie zu ändern.

In diesen Tagen kommt das neue Stiftungsrecht nach Ablehnung im Bundesrat und nachbessernder Diskussion im Vermittlungsausschuss wieder in den Bundestag. Alle sind sich einig, dass es in die richtige Richtung geht: Es soll einen zusätzlichen jährlichen 40 000-Mark-Steuerfreibetrag für Spenden an gemeinnützige Stiftungen geben und einen einmaligen Spendenabzug von maximal 600 000 Mark im ersten Jahr nach Errichten einer Stiftung; die zehn Prozent Spendenabzugsfähigkeit von den Gesamteinkünften werden für bestimmte, als besonders förderungswürdig anerkannte Zwecke ausgeweitet; Vermögen, das von Erben in gemeinnützige Stiftungen eingebracht wird, ist künftig von der Erbschaftsteuer befreit, und der Kreis der steuerlich begünstigten gemeinnützigen Stiftungen wird erheblich ausgeweitet.

Aber reicht das, um deutsche Ted Turners und Alfred Nobels zu motivieren? Reicht es, um “eine mäzenatisch eingestellte Bürgergesellschaft“ (auch das ein Kanzlerwort) zu begründen? Schafft es Rahmenbedingungen, welche die stiftungsfreudige Generation der New-Economy-Millionäre auffordert, einen Teil ihres jungen Vermögens dem Allgemeinwohl zu stiften?

Dreimal nein!

Fragt sich, warum die Parteien, die sich in der Grundrichtung einig sind, so zögernd vorangehen. Wegen der Angst vor Steuerausfällen natürlich.

Doch das ist radikal zu kurzfristig gedacht. Denn gleich aus drei Gründen ist es besser für das Allgemeinwohl, wenn gemeinnützige Organisationen privat finanziert (und natürlich auch gemanagt) werden. Erstens, weil wir alle wissen, dass jede Mark in privatem Engagement besser arbeitet als in Beamtenhand.

Zweitens erhalten diese Organisationen bei einer Zuwendung logischerweise 100 Prozent derselben, der Staat hingegen nur die Steuerquote auf das Geld, das nicht gespendet wird. Und drittens gibt es nach vielerlei Recherchen ein enormes Potenzial an Spenden- und Stiftungsbereitschaft gerade im Umfeld der erbfallbedingten Umschichtung deutschen Vermögens, das nur auf Grund der restriktiven Steuerpolitik nicht in den dritten Sektor gelangt und dort Gutes tun könnte.

Fazit: Eine substanzielle Befreiung gemeinnütziger Zuwendungen von der Steuer mag zwar kurzfristig zu Steuerausfällen führen, langfristig aber würde jede Mark effizienter eingesetzt und der Staat von vielen Aufgaben entlastet, für die er die Steuereinnahmen ja schließlich braucht.

In den USA liegt der Höchstbetrag für den Spendenabzug bei 50 Prozent - und sehen wir nicht mit Neid und Bewunderung, wie viele Bereiche dort privat finanziert

und gemanagt werden? Ob Eliteuniversitäten, Konzerthallen, Community-Arbeit oder medizinische Grundlagenforschung: Spitzenleistungen entstehen durch persönliche und private Leidenschaft und Überzeugungskraft. Auch für die politische Kultur ist es begrüßenswert, wenn nicht bei allen Hilfeleistungen auf Papa Staat gewartet wird. Eigenverantwortung, Dezentralisierung und private Initiative stehen auf den Wegweisern in die Zukunft; eine Art "Widerlager sowohl gegen die Verantwortungsmüdigkeit wie gegen den Verstaatlichungsdruck" (Joachim Fest) ist zu schaffen. Die Bereitschaft dazu ist in unserem Lande gegeben, wie die steigenden Zahlen bei neuen Stiftungen beweisen

Also: Let's go! Schaffen wir in der Bundesrepublik ein Klima, in dem das "well-being of mankind", wie es in der Satzung der Rockefeller Foundation heißt, jedem von uns so am Herzen liegt, dass er oder sie gerne (und steuerbefreit) ein Stück von Einkommen und Vermögen für gute Zwecke abgibt (die biblische Zehn-Prozent-Vorgabe scheint hier keine schlechte zu sein). Ob die Motivation dazu eine christliche oder eine allgemein moralische ist, ob sie sich aus profanen Rechtfertigungsgründen, dem Wunsch nach Unsterblichkeit, persönlicher Sinnsuche, reiner Eitelkeit oder auch Dankbarkeitsgefühlen speist, kann uns relativ egal sein, solange wir dem Staat nur wieder Aufgaben abnehmen, die andere besser erledigen können.